

Verfassunggebende preußische Landesversammlung

Die Verfassunggebende preußische Landesversammlung stellte nach der Auflösung des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Preußischen Herrenhauses zwischen 1919 und 1921 den Vorläufer des Preußischen Landtags des Freistaats Preußen dar.

Der preußische Rat der Volksbeauftragten entschied sich am 14. Dezember für die Einberufung einer Verfassunggebenden preußischen Landesversammlung. Die Wahlen fanden am 26. Januar 1919 statt. Das alte Dreiklassenwahlrecht wurde abgeschafft und durch ein allgemeines, gleiches und geheimes Männerwahlrecht ersetzt. Die Wahlbeteiligung lag bei 74,79 Prozent. Die SPD erhielt bei 36,36 Prozent als stärkste Partei 145 Mandate. Das Zentrum, das als Christliche Volkspartei antrat, erhielt als zweitstärkste Partei mit 22,28 Prozent 94 Mandate. Gemeinsam mit der DDP, die 16,19 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte und 65 Mandate erhielt, bildeten diese beiden Parteien die "Weimarer Koalition" auf Landesebene unter dem Ministerpräsidenten Paul Hirsch. (SPD). Nach dem Kapp-Putsch wurde Hirsch 1920 durch Otto Braun (SPD) ersetzt.

Die Landesversammlung konstituierte sich am 13. März 1919. Ihre zentrale Aufgabe war die Erarbeitung einer Verfassung für den Freistaat Preußen. Das "Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen" regelte die notwendigen verfassungsrechtlichen Fragen bis zum Abschluss der Verfassungsberatungen. Am 30. November 1920 wurde die Verfassung mit den Stimmen von SPD, Zentrum, DDP und DVP gegen die Stimmen der DNVP und der USPD bei Enthaltung der Deutsch-Hannoverschen Partei angenommen.

Quellen:

LEUGERS-SCHERZBERG, August Hermann/LOTH, Wilfried (Bearb.), Die Zentrumsfraktion in der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung 1919-1921. Sitzungsprotokolle (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Reihe 3: Weimarer Republik 8), Düsseldorf 1994.

SCHULZE, Gerhard (Bearb.), Acta Borussica NF, 1. Reihe: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38, Bd. 11,1 und 11,2: 14. November 1918 bis 31. März 1925, Hildesheim / Zürich / New York 2002, in: preussenprotokolle.bbaw.de (Letzter Zugriff am: 22.11.2019) und preussenprotokolle.bbaw.de (Letzter Zugriff am: 22.11.2019).

Literatur:

GURT, Sibylle, Die Entstehung der preußischen Verfassung vom 30. November 1920, Berlin 1983.

MÖLLER, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932 (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus), Düsseldorf 1985.

MÖLLER, Horst, Preußen von 1918 bis 1947: Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: NEUGEBAUER, Wolfgang (Hg.), Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 3: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin / New York 2001, S. 149-316, hier 172-220.

SCHULZE, Hagen, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt am Main 1997, S. 225-350.

Empfohlene Zitierweise:

Verfassungsgebende preußische Landesversammlung, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 24028, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/24028. Letzter Zugriff am: 04.05.2024.